

TELEFONAT ZWISCHEN PUTIN, MERKEL UND HOL- LANDE ÜBER LAGE IM DONBASS

Am Mittwoch telefonierten der russische Präsident Wladimir Putin, Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie der französische Präsident Francois Hollande über die Umsetzung des Minker Friedensabkommens im Donbass-Gebiet der Ostukraine.

Schritte für die Freilassung Gefangener sowie koosequente Maßnahmen zur Wahrung der Waffenruhe, die wiederholt verletzt wird, wurden dabei besprochen. Die erneute Zuspitzung der Lage vor Ort fordere ein besseres Vorgehen der Kontaktgruppen in der Ukraine, dabei seien sich alle drei Politiker einig.

KOMMENTAR

»NEUE TRUMP ÄRA ODER ALLES BEIM ALTEN?«

Von Alice Greschkow

Heute wird es offiziell: Donald J. Trump wird der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Seine Amtseinführung soll ein großes Fest werden – ein Fest, bei dem die international bekannten Größen aus Musik und Unterhaltung sowie ein Drittel der demokratischen Abgeordneten nicht dabei sein wollen. Aber das stört Trump nicht – ihm ginge es nur darum, die Menschen zu erreichen. Das verkündete er – natürlich – über seinen liebsten Kommunikationskanal Twitter. Eigentlich hat er auch Recht, es geht ab jetzt ums Eingemachte, um Realpolitik. Oder vielleicht geht es um Realstatire? Trumps verbale Entgleisungen in sozialen Medien und bei seiner Pressekonferenz vergangene Wochen lassen drauf schließen, dass die kommenden vier Jahre auf jeden Fall nicht langweilig verlaufen werden.

Unabhängig von den bisherigen Eskapaden muss ab jetzt auch der letzte sozialliberale Politiker in Europa beginnen, Trump ernst zu nehmen, auch wenn das Herz bluten mag. Durch seine wiederholten Forderungen nach Protektionismus könnte er die weltwirtschaftliche Ordnung gewaltig zum Beben bringen. Bereits jetzt ist es ein zeitgeschichtlicher Treppenwitz, dass der chinesische Präsident Xi Jinping sich auf dem Gipfeltreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos für eine vertiefte Globalisierung einsetzt, während die Amerikaner sich darüber beschweren, dass die Wege des freien Kapitalflusses „unfair“ für die USA seien. Ronald Reagan rotiert bei solchen Sätzen wahrscheinlich im Grab, denn es waren bis jetzt die Republikaner, die sich für den globalen Kapitalismus stark machten.

Deutsche Unternehmen dürfen sich von Trumps bisherigen Ankündigungen dennoch nicht verunsichern lassen – wer sein Buch „The Art of the Deal“ gelesen hat, kann davon ausgehen, dass der Immobilienmilliardär in jederlei Hinsicht mit Maximalforderungen in Verhandlungen gehen wird, um am Ende doch einen Kompromiss zu schließen. Trump wird die USA wie ein marodes Unternehmen führen, das es zu kitten gilt.

Mindestens genauso spannend wird sein Einfluss auf die Außenpolitik. Seine Bewunderung für Wladimir Putin muss als Chance betrachtet werden! In der schier endlosen Negativspirale der europäisch-russischen Beziehungen, die gerade in Krisengebieten zu einer Art diplomatischer Pattsituation führten, ist jede Form des konstruktiven Dialogs ein Zeichen auf Hoffnung.

Ich habe Vertrauen in die deutsche Politik, dass man sich an Trumps eigentümlichen Sprachstil gewöhnen wird und die Zusammenarbeit mit ihm anpacken wird, anstatt sich über jedes dumme Wort zu pikieren. Vielleicht führt die Konfrontation auch zu mehr Zusammenhalt unter den europäischen Partnern, denn der Kuschelkurs mit Obama ließ viele vergessen, dass die USA auch während der vergangenen acht Jahre Dreck am Stecken hatten, einige Stichworte: Drohnen, Umverteilung, Rassismus.



EU-LÄNDER WIE ÜBERWACHUNGSSTAATEN

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International veröffentlichte einen alarmierenden Bericht, aus welchem hervorging, dass mittlerweile mehrere EU-Länder die Strukturen von Überwachungsstaaten aufweisen. Dafür untersuchte die NGO 14 EU-Mitgliedsstaaten. Im Zuge von Anti-Terrormaßnahmen wurden die Schwellen für Notstandsgesetze drastisch gesenkt. So hat Frankreich beispielsweise den Notstand bereits fünf Mal verlängert. Dadurch sind Demonstrations- und bestimmte Bewegungsverbote langfristig gültig, aber auch Durchsuchungen ohne gerichtlichen Beschluss können einfach umgesetzt werden. Auch verbreitete Überwachungssysteme ohne konkreten Anlass sowie die Verabschiedung zweifelhafter Gesetze sind mittlerweile politisch und gesellschaftlich stärker akzeptiert. Polen befähigte durch ein neues Antiterrorgesetz seine Geheimdienste dazu, Menschen mit ausländischen Staatsangehörigkeiten bis zu drei Monaten zu überwachen ohne gerichtliches Urteil.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id-Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

TRUMP PROVOZIERT WEITER



Foto: spdfraktion.de (Florian Jaenicke)
Von Niels Annen, Obmann des Auswärtigen Ausschusses der SPD BT-Fraktion

Präsident Trump polarisiert und provoziert weiter. Der Unterschied zum Wahlkampf ist jedoch, dass sich die Wirkung seiner Worte potenziert hat. Es wäre zwar falsch, jede seiner Twittermeldungen auf die Goldwaage zu legen – aber wir müssen seine Äußerungen ernst nehmen. Anhaltendes Wunschdenken, dass alles schon nicht so schlimm werde und man abwarten müsse, können wir uns nicht leisten. Natürlich ist zu hoffen, dass der US-Kongress und die Zwänge der Realpolitik Donald Trump mäßigen werden. Aber wir dürfen und können uns darauf nicht verlassen.

Trump's abfällige Äußerungen zur NATO, seine Vorschusslorbeeren für Putin und seine aggressiven Töne gegenüber China müssen uns Sorgen machen. Dass der designierte Präsident in einem Zeitungs-

interview offen seine Sympathie für den Brexit bekundet und erklärt, dass er davon ausgehe, dass weitere Staaten die EU verlassen werden, ist ungeheuerlich. Dieser Affront darf nicht ohne eine selbstbewusste europäische Antwort bleiben. Es stehen mit Infragestellung der EU und einem engen transatlantischen Beziehungen zwei Grundfesten unserer Nachkriegsordnung auf dem Spiel. Dies auszusprechen ist keine Panikmache, sondern nüchterne Analyse der Lage.

Beim Thema Strafzölle für deutsche Autobauer bin ich vorsichtig optimistisch, dass die vollmundigen Ankündigungen Trumps aufgefangen werden. Die Welt ist komplexer, als Trump sie darstellt – und vermutlich auch sieht. Deutsche Autohersteller haben in den USA massiv investiert. Sie sind dort große Arbeitgeber und produzieren auch in den USA für den Export. Nicht nur deutsche Importeure in die USA, auch amerikanischen Ausfuhrer nach Deutschland sind in den letzten Jahren noch einmal erheblich angewachsen. Wirtschaftlicher Protektionismus und Zollbarrieren schaden mittel- und langfristig der US-Wirtschaft. Zudem kann sich der US-Präsident beim Thema Handelspolitik nicht einfach über den Kongress hinwegsetzen, in dem es gerade auf Seiten der Republikaner überzeugte Verfechter von Freihandel gibt. Auch die Spielregeln der WTO kann selbst Trump nicht ohne massive Folgeschäden außer Kraft setzen.

US-WHISTLEBLOWERIN MANNING BEGNADIGT

Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit begnadigte US-Präsident Barack Obama die Whistleblowerin Chelsea Manning. Sie hat bereits sieben von den 35 Jahren Haftstrafe abgesessen, im Mai soll die IT-Spezialistin auf freien Fuß kommen. Manning hatte Kriegsverbrechen, unter anderem im Irak veröffentlicht. Dokumente und Videos, die beispielsweise zeigen, wie Zivilisten von US-Soldaten gejaagt und gepeinigt werden, ließ sie auf WikiLeaks veröffentlichen. Manning hatte nach ihrer Festnahme die Taten gestanden.

Obama, der härter und rigorer gegen Whistleblower vorgegangen war als jeder Präsident vor ihm, kam somit den Forderungen vieler Menschenrechtsaktivisten nach.

Für den berühmten Whistleblower Edward Snowden besteht allerdings keine Hoffnung: da er sich bisher keinem US-Gericht gestellt hat und es somit keine Rechtsgrundlage für eine Begnadigung gibt, wird er weiterhin in Moskau verharren müssen. Nichtsdestotrotz twitterte er nach der Begnadigung: "Danke, Obama!"

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT: KEIN VERBOT DER NPD

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat entschieden: Zwar attestieren Deutschlands oberste Richter ein rassistisches Menschenbild mit eindeutig verfassungsfeindlichen Zielen, jedoch würden der Partei die Mittel fehlen, um diese umzusetzen.

Die Entscheidung, die zu Irritation in den Reihen anderer Partei geführt hat, ist rechtlich nachvollziehbar. Eine xenophobe Weltanschauung ist per se nicht illegal, Neonazi zu sein ebenso nicht, solange man nicht

in Konflikt mit anderen Paragraphen zum Schutz von Minderheiten und der Öffentlichkeit gerät.

Ein Parteienverbot ist daher kein Gesinnungsverbot, es würde lediglich die organisatorische Ebene der Treffen und des Austausches unterbinden. Die von den Innenministern der Länder vorgelegten Argumente über die gefährdende Wirkung der NPD wurden vom Bundesverfassungsgericht geprüft und wurden als nicht stichhaltig eingestuft.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

CHINESISCHER PRÄSIDENT BESCHWÖRT GLOBALISIERUNG UND FREIHANDEL

Auf dem Gipfeltreffen des Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos steht die Welt Kopf: während der chinesische Präsident Xi Jinping sich für eine vertiefte Globalisierung, Kooperation und Freihandel ausspricht, zeigt sich Anthony Scaramucci, einer der engsten Berater Donald Trumps, besorgt über die ungehaltenen wirtschaftlichen Effekte. Er beziffert die negativen Konsequenzen: über acht Millionen Amerikaner seien infolge der globalen Wirtschaftsdynamik arbeitslos geworden oder in die Armut abgerutscht. Scaramucci forderte folglich eine "gerechtere" Verteilung der Vorteile der Globalisierung, die auch die

einfachen Bürger erreicht.

Xi Jinping hingegen reicht der Weltgemeinschaft symbolisch die Hand - man sei eine Schicksalsgemeinschaft und könnte nur vereint mehr Gewinn und Potenzial für die Zukunft entfalten.

Mit Kritik an der Globalisierung hielt er sich zurück - zwar gäbe es Gewinner und Verlierer sowie Herausforderungen bei der Umverteilung und Bekämpfung von Armut, allerdings seien diese Entwicklungen kein Grund für die Bekämpfung der Globalisierung. Im Gegenteil: die liberale, globale Wirtschaftsordnung müsse geschützt werden.

MAY HAT ENTSCHIEDEN: EIN HARTER BREXIT

Mit einem Zwölf-Punkte-Plan möchte die britische Premierministerin Theresa May den Weg des harten Brexits beschreiben. Der Schnitt soll klar sein - die Kontrolle der Einwanderung, der Austritt aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und die Neuausrichtung der Handelsbeziehungen sind wesentliche Punkte, die der Austritt Großbritanniens aus der EU einhalten wird.

Die Entscheidung müsse allerdings von beiden Häusern des Parlaments abgestimmt werden - erst dann würde der formale Prozess des Brexit beginnen.

Dass May sich für einen harten Schnitt entschieden hat, überrascht wenige - sie hatte sich seit ihrer Ernennung zur Premierministerin für eine klare Linie ausgesprochen

und begründete das Votum mit den kulturellen und historischen Eigenschaften des Vereinigten Königreichs.

Nichtsdestotrotz strebe sie an, das Land insgesamt globaler auszurichten, indem neue Freihandelsabkommen in Kraft treten. Ein norwegisches Modell durch ein Assoziierungsabkommen, welches Handelsbeziehungen vereinfachen würde, hat die Politikerin bereits ausgeschlossen - es solle kein "Brexit Light" werden.

Lediglich bei der Sicherheitspolitik wolle sie eng mit den Geheimdiensten und Partnern der EU zusammenarbeiten, um Terrorismus effektiv bekämpfen zu können. Man sei zwar raus aus der EU, aber nicht aus Europa, betonte May bei ihrer Grundsatzrede.

BONI-KÜRZUNGEN BEI DER DEUTSCHEN BANK

Ein unübliches Vorgehen bei der Deutschen Bank: Die Bonus-Töpfe wurden auch in Krisenzeiten kaum berührt, in diesem Jahr ist jedoch alles anders: der Vorstandschef John Cryan verkündete, dass aufgrund des Rekordverlusts von über sechs Milliarden Euro, nun auch die Boni für die Führungskräfte und insgesamt einem Viertel des Personals drastisch gekürzt werden müssen.

Vor allem der teure US-Vergleich riss Lö-

cher in die Bilanz von Deutschlands größtem Finanzhaus. Fast sieben Milliarden Euro müssen an das US-Justizministerium gezahlt werden.

Aktionäre regierten erfreut über die Maßnahme - seit langer Zeit forderten sie Schritte, die auch bei den Mitarbeitern ankommen und nicht nur die Dividende sinken. 2015 beliefen sich die Gehälter und Boni der Deutschen Bank bei über 10 Milliarden Euro trotz massiver Verluste.

PERSONALIEN

NEUMANN WIRD SONDERBEAUFTRAGTER DER OSZE

Der deutsche Politikwissenschaftler Peter R. Neumann (42) wird Sonderbeauftragter zur Bekämpfung von Radikalisierung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Das gab Österreichs Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) am 12. Januar auf einer Pressekonferenz bekannt. Zum 1. Januar hatte Österreich den Vorsitz der OSZE übernommen. Unter Österreichs Führung soll die OSZE stärker gegen die Terrorgefahr durch radikalisierte Islamisten vorgehen. Neumann gilt als Experte für islamistischen Terror.

BLUME SOLL STELLVERTRETENDER GENERALSEKRETÄR DER CSU WERDEN

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge soll Markus Blume (41) von Horst Seehofer zum stellvertretenden Generalsekretär der CSU berufen werden. Damit rückt er an die Seite des Generalsekretärs Andreas Scheuer. Offiziell soll die Personalie in einer Sitzung des CSU-Parteivorstands am 30. Januar beschlossen werden.

SCHILLING: GESCHÄFTSFÜHRER ÖPNV BEIM VDV
Jan Schilling (37) ist seit dem 1. Januar Geschäftsführer ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) beim Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Berlin.

AUS DEN MINISTERIEN

BMAS UNTERZEICHNET DEUTSCH-MOLDAUISCHES SOZIALVERSICHERUNGSABKOMMEN

Das Land Moldau liegt zwischen der Ukraine und Rumänien und hat knapp über drei Millionen Einwohner. Bisher gab es kein Abkommen mit Deutschland, das die Ansprüche und sozialen Leistungen bei den Renten- und Unfallversicherungssystemen regelte - bis jetzt. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Thorben Albrecht, und die Botschafterin Ulrike Knotz haben gemeinsam moldauischen Vizeministerin für Arbeit, Sozialen Schutz und Familie, Viorica Dumbrăveanu, das Sozialversicherungsabkommen in Chişinău unterzeichnet.

Durch das Abkommen soll gewährleistet werden, dass Arbeitnehmer auch beim Wechsel des Beschäftigungslandes in Sozialsysteme integriert bleiben.

WORTE DER WOCHE

»Es wirkt auf mich wie die Basis für einen Handelskrieg in Europa.«

Der Chef der britischen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, kritisiert den harten Brexit-Kurs von Theresa May.

»Donald Trump will, dass jedes Land für seine eigene Entwicklung verantwortlich ist. Das trifft sich mit unserem Ansatz.«

Sergej Lawrow sieht Gemeinsamkeiten bei der der US-Politik unter Trump und Russlands.

»Ich kam massiv unter Druck, als ich sagte, die Nato sei obsolet. Sie ist aber obsolet, weil sie sich nicht um den Terrorismus gekümmert hat.«

Donald Trump kritisiert die Nato als ineffektiv.

»Protektionismus, Populismus und Entglobalisierung sind auf dem Vormarsch [...]. Das ist nicht gut für eine weltweite Zusammenarbeit.«

Der chinesische Präsident Xi Jinping spricht sich in Davos gegen Protektionismus aus.

»(Die EU) hat Sanktionen gegen Russland - mal sehen, ob wir ein paar gute Deals mit Russland machen können.«

Donald Trump erwägt eine Annäherung an Russland.

»Es ist und bleibt ein Dissens.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt die geforderte Obergrenze der CSU ab.

»Denkt irgendjemand, dass unsere Geheimdienste jedem amerikanischen Milliardär hinterherjagen? Natürlich nicht, das ist einfach komplett lächerlich.«

Der russische Präsident Wladimir Putin findet die Anschuldigungen, dass Trump durch die russische Regierung erpressbar sei, lächerlich.

»Der Westen ist für Moskau kein Mentor mehr, kein Modell. Er ist nur noch Nachbar, aber kein Teil der Familie.«

Der russische Außenpolitik-Experte Dmitrij Trenin über die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

»Die USA müssen bessere Autos bauen.«

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel kontert Donald Trumps Beschwerde, dass auf deutschen Straßen sehr viel weniger US-amerikanische Autos fahren als umgekehrt.

TERMINE

24.1. VERLEIHUNG DES CSR-PREISES DER BUNDESREGIERUNG

Praxistag und Preisverleihung zum CSR-Preis der Bundesregierung, u.a. mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, dem stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Achim Dercks und der Vorsitzenden von Transparency International Deutschland Prof. Edda Müller Humboldt-Carré, Behrenstraße 42, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

27.1. SPD-BT-FRAKTION ZUR KOMMUNALEN SOZIALPOLITIK

(Tagung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Solidarische Kommune. Der kommunale Beitrag zum vorsorgenden Sozialstaat“, u.a. mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und dem Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung der Hochschule Koblenz Prof. Stefan Sell Reichstagsgebäude, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

30.1. STIFTERVERBAND ZUR ENERGIEWENDE

Diskussionsveranstaltung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der Inogy Stiftung für Energie und Gesellschaft zum Thema „Wissen für die Energiewende“, u.a. mit dem Wissenschaftlichen Direktor des Institute for Advanced Sustainability Studies Prof. Ortwin Renn, dem Fachgebietsleiter Energiesysteme am Institut für Energietechnik an der Technischen Universität Berlin Prof. Georg Erdmann und dem Abteilungsleiter Zukunftsvorsorge - Forschung für Grundlagen und Nachhaltigkeit im Bundesforschungsministerium Karl Eugen Huthmacher Allianz Forum, Pariser Platz 6, 10117 Berlin.